

Grabka, Markus M.

Article

Einkommensverteilung: Anzeichen für Trendbruch beim Armutsrisiko - Alleinerziehende seltener von Armut bedroht

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Grabka, Markus M. (2025) : Einkommensverteilung: Anzeichen für Trendbruch beim Armutsrisiko - Alleinerziehende seltener von Armut bedroht, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 92, Iss. 8, pp. 103-113, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-8-1

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313504>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

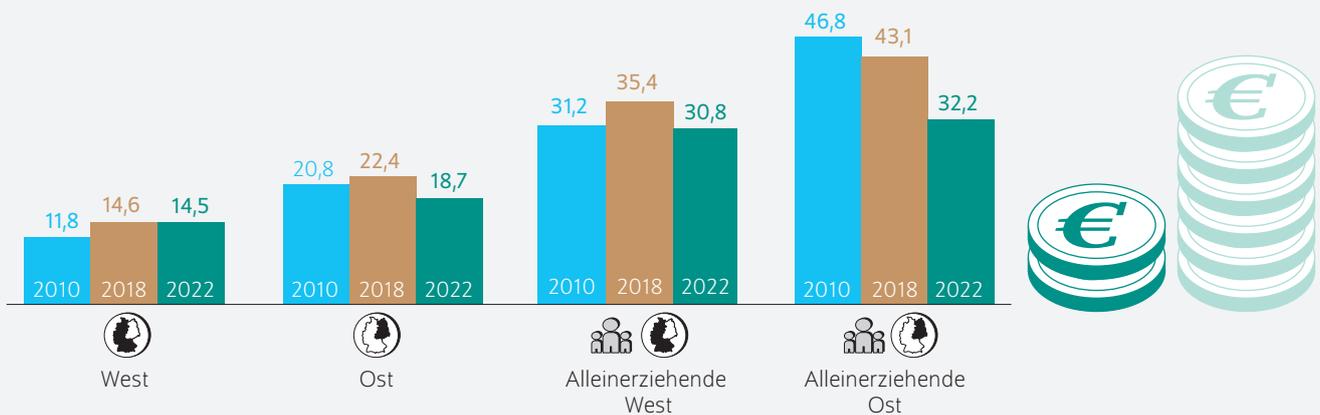
Einkommensverteilung: Anzeichen für Trendbruch beim Armutsrisiko – Alleinerziehende seltener von Armut bedroht

Von Markus M. Grabka

- Bruttostundenlöhne stiegen laut Daten des Sozio-oekonomischen Panels seit 1995 inflationsbereinigt um rund 15 Prozent – vor allem unterstes Lohndezil holte auf
- Parallel dazu ging der Niedriglohnsektor seit 2007 um knapp fünf Prozentpunkte zurück, in Ostdeutschland sogar um 14 Prozentpunkte
- Haushaltsnettoeinkommen stiegen seit 1995 inflationsbereinigt um im Schnitt 35 Prozent, im untersten Dezil stagnierten sie aber
- Armutsrisiko sank von hohem Niveau; vor allem Alleinerziehende profitierten mit Rückgang um 4,3 Prozentpunkte
- Will man Armutsrisiko weiter reduzieren, sollten Bildungsausgaben gezielt getätigt werden, um Zahl der Schulabgänger*innen ohne Abschluss zu reduzieren

Armutsrisiko nimmt ab – vor allem in Ostdeutschland und unter Alleinerziehenden

Niedrigeinkommensquote in Prozent



Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtete Haushaltseinkommens des aktuellen Monats.

© DIW Berlin 2025

ZITAT

„Das Armutsrisiko war zuletzt leicht rückläufig, vor allem in Ostdeutschland und unter Alleinerziehenden. Politische Maßnahmen wie die wiederholte Anhebung des Mindestlohns und familienpolitische Reformen wie die Erhöhung des Kinderzuschlags, Änderungen beim Unterhaltsvorschuss oder die Anhebung des steuerlichen Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende haben das Armutsrisiko gesenkt.“ — Markus M. Grabka —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Markus M. Grabka
www.diw.de/mediathek

Einkommensverteilung: Anzeichen für Trendbruch beim Armutsrisiko – Alleinerziehende seltener von Armut bedroht

Von Markus M. Grabka

ABSTRACT

Die Bruttostundenlöhne von abhängig Beschäftigten sind im Zeitraum 1995 bis 2022 trotz zuletzt hoher Inflation real um rund 15 Prozent gestiegen. Vor allem das unterste Lohndezil holte nach zwischenzeitlich starken Reallohnverlusten wieder gegenüber allen anderen Dezilen auf. Parallel dazu ging der Niedriglohnssektor seit 2007 um knapp fünf Prozentpunkte zurück, in Ostdeutschland sogar um 14 Prozentpunkte. Im Jahr 2022 befanden sich 18,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Haupttätigkeit in diesem Lohnsegment. Die Haushaltsnettoeinkommen stiegen seit 1995 inflationsbereinigt um im Schnitt 35 Prozent. Beim Armutsrisiko deutet sich nach einer langen Phase des Anstiegs ein Trendbruch an. Unter Alleinerziehenden zeigt sich deutschlandweit seit 2010 ein Rückgang um 4,3 Prozentpunkte, in Ostdeutschland sogar um knapp 15 Prozentpunkte. Will man das weiterhin hohe Armutsrisiko reduzieren, sollten Kinder und Jugendliche in den Blick genommen werden, da der Anteil der frühen Schulabgänger*innen zuletzt auf 13,1 Prozent gewachsen ist. Ohne qualifizierten Bildungsabschluss sind aber Armutskarrieren sehr wahrscheinlich. Gezielte Bildungsausgaben, die über höhere Steuern auf Vermögen finanziert werden könnten, sind auch aus diesem Grund dringend erforderlich.

Zahlreiche Umbrüche haben in den vergangenen 30 Jahren die wirtschaftliche Situation in Deutschland gekennzeichnet, was sich auch auf die Arbeitseinkommen der Bevölkerung auswirkte. Während Mitte der 2000er Jahre die Arbeitslosigkeit einen Höchststand erreichte, hat sich der Arbeitsmarkt seitdem grundlegend stabilisiert. Trotz größerer wirtschaftlicher Einbrüche – vor allem die weltweite Finanzmarkt- und die anschließende Euroschuldenkrise ab 2007 sowie ab 2020 die Coronapandemie – blieb die Arbeitslosenquote gering. Bedingt durch den Überfall Russlands auf die Ukraine kam es danach zu einer seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Inflation.

Alle diese Ereignisse hatten auch Auswirkungen auf die Löhne und Einkommen der privaten Haushalte und deren Verteilung. Ziel dieses Berichts ist es, die Entwicklung der Bruttostundenlöhne und der Haushaltsnettoeinkommen unter besonderer Berücksichtigung des Armutsrisikos im Zeitraum 1995 bis 2022 zu präsentieren.¹ Hierzu werden Einkommensinformationen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)², das in Zusammenarbeit mit infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft erhoben wird, herangezogen (Kasten). Ergänzt werden diese durch Informationen des Statistisches Bundesamtes.

Inflation dämpft den Anstieg der realen Stundenlöhne nur geringfügig

Gut drei Viertel der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 bis 64 Jahren in Deutschland haben im Jahr 2023 ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene

¹ Das Jahr 1995 wurde als Startjahr gewählt, da zu diesem Zeitpunkt die Transformation der ost-deutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung nahezu abgeschlossen war.

² Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird; vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239(29), 345–360 (online verfügbar, abgerufen am 8. Januar 2025). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt. Für die vorliegende Publikation wurde die Datenversionen SOEPv39 genutzt, siehe dazu Informationen auf der Website des DIW Berlin.

Kasten

Annahmen bei der Einkommensmessung

Der vorliegende Bericht verwendet das Konzept des Bruttostundenlohns. Dieser wird auf Grundlage der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit (liegt keine vereinbarte Arbeitszeit vor, wird die geleistete Arbeitszeit herangezogen) und den Angaben zum Bruttomonatsverdienst inklusive eventueller Überstundenzahlungen des vorangegangenen Monats gebildet. Sonderzahlungen wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld oder Boni bleiben dabei unberücksichtigt. Die wöchentliche Arbeitszeit wird mit dem Faktor 4,33 multipliziert, um die monatliche Arbeitszeit zu erhalten. Es wird nur der Lohn aus einer Haupttätigkeit herangezogen, Nebentätigkeiten bleiben unberücksichtigt.

Die Haushaltsnettoeinkommen werden bedarfsgewichtet. So wird die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung – internationalen Standards entsprechend – durch die Umrechnung des gesamten Einkommens eines Haushalts in sogenannte bedarfsgewichtete Einkommen (Äquivalenzeinkommen) vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen und in Europa allgemein akzeptierten Skala umgerechnet: Jedem Haushaltsmitglied wird das so errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen, unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Bedarfsgewicht von eins; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder bis zu 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.¹ Unterstellt wird also eine Kostendegression in größeren Haushalten.

Zur Messung der Haushaltsnettoeinkommen stehen im SOEP zwei Konzepte zur Verfügung. Zum einen das Einkommen des laufenden Monats und zum anderen das im Vorjahr bezogene Haushaltsnettoeinkommen. Ersteres hat den Vorteil der Konsistenz zwischen aktueller Haushaltsstruktur und erhaltenen Einkommen, dafür beschreibt dieses nur eine Momentaufnahme, denn im Jahresverlauf können sich Veränderungen der Einkommenssituation zum Beispiel aufgrund saisonaler Arbeitslosigkeit oder von unregelmäßig erhaltenen Zahlungen wie Kapitaleinkünften ergeben. Diese Volatilität wird mit den Jahreseinkommen besser erfasst, da im SOEP detailliert nach verschiedenen im Vorjahr erhaltenen Einkommensarten gefragt wird.

¹ Vgl. die Definition auf der Website von Eurostat (online verfügbar).

Abbildung 1

Vereinbarer realer Bruttostundenlohn in der Haupttätigkeit
In Euro pro Stunde

Anmerkungen: In Preisen von 2020. Abhängig Beschäftigte in Haupttätigkeit in Privathaushalten, ohne Auszubildende, Praktikant*innen, Selbstständige. Die schattierten Flächen geben ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an; die Fehlerwahrscheinlichkeit beträgt entsprechend fünf Prozent

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Durch die Inflation 2022 kam es erstmals seit 2012 wieder zu realen Verlusten bei den Bruttostundenlöhnen.

Erwerbstätigkeit bestritten.³ Darunter stellt eine abhängige Beschäftigung die weitaus wichtigste und häufigste Quelle des Lebensunterhalts dar. Daher werden im Folgenden die vereinbarten realen⁴ Bruttostundenlöhne abhängig Beschäftigter in Haupttätigkeit betrachtet.⁵

Die durchschnittlichen realen Bruttostundenlöhne sanken im Zeitraum 1995 bis 2012 insgesamt um drei Prozent (Abbildung 1). Diese Phase prägte zunächst eine steigende beziehungsweise hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland, auf die die Tarifpartner mit Lohnzurückhaltung reagierten. Im Gegensatz dazu stiegen die Löhne von 2013 bis 2021 real um 19 Prozent. Durch die stark gestiegene Inflation im Jahr 2022 kam es erstmals seit knapp zehn Jahren wieder zu realen Verlusten.⁶

³ Statistisches Bundesamt (2024): Drei Viertel der 25- bis 64-Jährigen lebten 2023 von eigener Erwerbstätigkeit. Pressemitteilung vom 2. April 2024 (online verfügbar).

⁴ Mit dem Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamtes in Preisen des Jahres 2020 umgerechnet.

⁵ Nicht berücksichtigt werden hierbei Selbstständige, Auszubildende, Praktikant*innen sowie Wehr- und Zivildienstleistende.

⁶ Bezogen auf den Reallohnindex des Statistischen Bundesamtes beträgt dieser Rückgang vier Prozent gegenüber dem Vorjahr, vgl. die Daten auf der Website des Statistischen Bundesamtes (online verfügbar). Seit dem zweiten Quartal 2023 ist es aber wieder sechs Quartale in Folge zu Reallohnsteigerungen gekommen.

Abbildung 2

Normierter vereinbarter realer Bruttostundenlohn je Dezilen

Indiziert, 1995 = 100



Anmerkungen: Abhängig Beschäftigte in Haupttätigkeit in Privathaushalten, ohne Auszubildende, Praktikant*innen, Selbstständige. In Preisen von 2020.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Das unterste Lohndezil hat seit 2013 wieder aufgeholt.

Unterstes Lohndezil profitiert von überdurchschnittlichen Zuwächsen

Da sich die Entwicklung der Stundenlöhne über die Verteilung hinweg von der des Durchschnitts unterscheiden kann, werden die Bruttostundenlöhne nach der Höhe sortiert und in zehn gleich große Gruppen (Dezile) eingeteilt. Das unterste (oberste) Dezil gibt den Lohn der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Beschäftigten an.⁷ Der Mittelwert je Dezil wird zudem auf den Wert des Jahres 1995 normiert, sodass die prozentuale Entwicklung der Löhne je Dezil dargestellt werden kann (Abbildung 2).

Auffällig ist hier vor allem die Entwicklung des untersten Lohndezils. Zwischen 1995 und 2005 kam es in der Spitze zu realen Lohnverlusten von mehr als 25 Prozent. Dies lag unter anderem daran, dass die Zahl der Minijobs und schlecht bezahlten Dienstleistungsjobs zunahm und

öffentliche Unternehmen privatisiert wurden (beispielsweise kommunale Krankenhäuser), was vielfach mit Lohneinbußen bei Neuverträgen von Beschäftigten in diesen Sektoren einherging.

Spätestens ab 2013 setzte eine Trendumkehr ein. Seitdem profitierte das unterste Lohndezil von überdurchschnittlichen Zuwächsen. Im Jahr 2022 hatte das unterste Lohndezil so weit aufgeholt, dass der relative Lohnzuwachs sich kaum noch von der Mehrheit der anderen Dezile unterschied. Dieser positive Trend war unter anderem das Ergebnis der Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 und seiner anschließenden Anhebungen. Aber auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften veränderte sich. Denn diese fordern seit einigen Jahren nicht nur gleiche prozentuale Lohnsteigerungen für alle Beschäftigten über alle Lohngruppen, sondern auch verstärkt pauschale Mindestzahlungen, die für untere Lohngruppen relativ gesehen deutlich höher ausfallen als für höhere Lohngruppen.

Insgesamt zeigte sich zwischen 1995 und Mitte der 2000er Jahre ein Auseinanderdriften zwischen den Dezilen, mit

⁷ Zu beachten ist, dass die Beschäftigten über die Zeit hinweg aufgrund von individuellen Lohnveränderungen ihre Position verändern können und nicht immer demselben Dezil zuzuordnen sind.

realen Lohnverlusten in der unteren Hälfte der Verteilung und leichten Zuwächsen am oberen Rand. Seit 2013 nähern sich die Dezile wieder an, so dass sich die relativen Zuwächse am aktuellen Rand nur noch wenig unterscheiden. Dadurch ist es wieder zu einer Kompression der Lohnverteilung gekommen.⁸

Trendumkehr im Niedriglohnsektor

Der sogenannte Niedriglohnsektor steht im Fokus der öffentlichen Debatte.⁹ Diesen bilden Arbeitnehmer*innen, die weniger als zwei Drittel des Medians des vereinbarten Bruttolohns verdienen.¹⁰ Die Niedriglohnschwelle lag auf Basis der SOEP-Daten im Jahr 2022 bei rund 13,60 Euro brutto pro Stunde.

Der Ausbau des Niedriglohnsektors war in den 1990er und 2000er Jahren politisch erwünscht, um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und die hohe Arbeitslosigkeit für Menschen mit niedriger Produktivität abzubauen. Zwischen 1996 und 2007 legte der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor von rund 16 Prozent um gut sieben Prozentpunkte auf mehr als 23 Prozent deutlich zu (Abbildung 3). Seitdem ist eine Trendumkehr zu erkennen. Dazu trug auch die Einführung des Mindestlohns 2015, insbesondere die deutliche Abhebung von 9,60 Euro im Jahr 2021 auf zwölf Euro im Jahr 2022, bei. Entgegen den Befürchtungen hat der Mindestlohn der Beschäftigung im Niedriglohnsektor bisher nur wenig geschadet.¹¹ Im Ergebnis befanden sich 2022 noch 18,5 Prozent¹² aller abhängig Beschäftigten in Haupttätigkeit im Niedriglohnsektor, was dem Niveau der Jahrtausendwende entspricht.

Niedriglohnsektor schrumpft besonders in Ostdeutschland

Da die Löhne in Ostdeutschland im Schnitt niedriger sind als in Westdeutschland, ist davon auszugehen, dass sich Anhebungen des Mindestlohns hier stärker auf die Lohnverteilung auswirken. Zunächst zeigt sich der zu erwartende Befund, dass in Ostdeutschland der Niedriglohnsektor eine deutlich größere Bedeutung hat als in Westdeutschland

8 Der Befund einer Kompression der Lohnverteilung wird auch von der amtlichen Statistik bestätigt, vgl. Statistisches Bundesamt (2024): Abstand zwischen Gering- und Besserverdienenden wird kleiner. Pressemitteilung vom 29. April 2024 (online verfügbar).

9 Vgl. zur Definition des Niedriglohnsektors Statistisches Bundesamt (2024): Low-wage rate (online verfügbar).

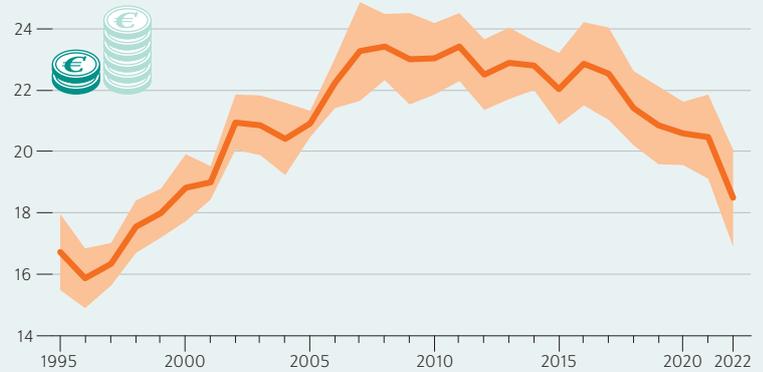
10 Der Median teilt die Arbeitnehmenden in zwei gleich große Gruppen. Die erste Gruppe besteht aus den Arbeitnehmenden mit geringen Löhnen, die anderen Gruppe mit höheren Löhnen.

11 Die Mindestlohnkommission führt unterschiedliche Erklärungen an, warum sowohl die Einführung als auch die wiederholten Anhebungen des Mindestlohns bisher kaum negative Beschäftigungseffekte hatten. So wird dargelegt, dass in stark vom Mindestlohn betroffenen Branchen wie dem Einzelhandel und dem Hotel- und Gaststättengewerbe als Wirtschaftszweige eine hohe Monopsonmacht vorliegt (vgl. Glossar zum Mindestlohn auf der Website des DIW Berlin). Zudem ist es aufgrund des Mindestlohns zu Umwandlungs- und Reallokationseffekten gekommen, so dass beispielsweise Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt wurden. Vgl. Mindestlohnkommission (2023): Vierter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns. Bericht der Mindestlohnkommission an die Bundesregierung nach § 9 Abs. 4 Mindestlohngesetz, Berlin (online verfügbar).

12 Das Statistische Bundesamt kommt für den April 2022 mit 19,1 Prozent zu einem ähnlichen Wert, vgl. die Daten auf der Website des Statistischen Bundesamts (online verfügbar).

Abbildung 3

Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor¹ In Prozent



¹ Beschäftigte mit weniger als zwei Dritteln des Medians des Bruttolohns.

Anmerkungen: Abhängig Beschäftigte in Haupttätigkeit in Privathaushalten, ohne Auszubildende, Praktikant*innen, Selbstständige. Die schattierte Fläche gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

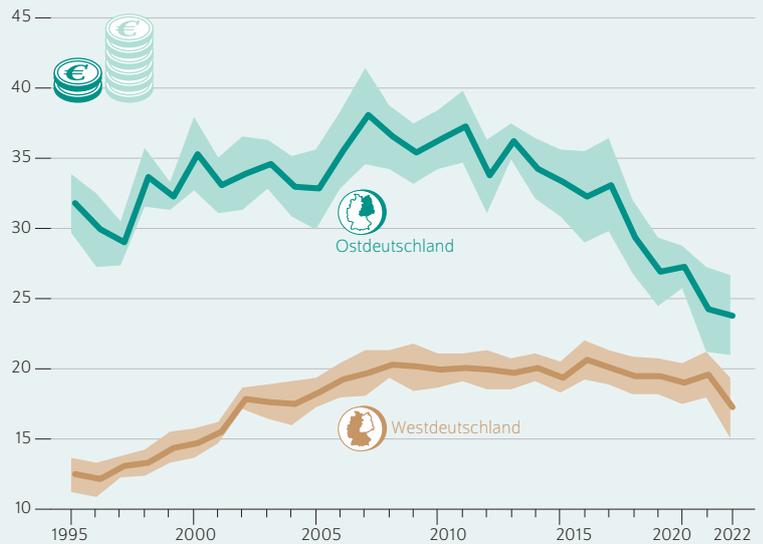
Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Seit Einführung des Mindestlohns ist der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor auf nun 18,5 Prozent gesunken.

Abbildung 4

Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Ost und West¹ In Prozent



¹ Beschäftigte mit weniger als zwei Dritteln des Medians des Bruttolohns.

Anmerkungen: Abhängig Beschäftigte in Haupttätigkeit in Privathaushalten, ohne Auszubildende, Praktikant*innen, Selbstständige. Die schattierte Fläche gibt ein 95-Prozent-Konfidenzintervall an.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Insbesondere in Ostdeutschland zeigt sich ein starker Rückgang des Niedriglohnsektors.

Abbildung 5

Entwicklung der realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen

Indexiert, 1995 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2020. Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Seit 1995 haben die realen Haushaltsnettoeinkommen im Schnitt um 35 Prozent zugenommen.

(Abbildung 4). So machte zum Beispiel im Jahr 2000 die Differenz zwischen den beiden Landesteilen gut 20 Prozentpunkte aus. Die Expansion des Niedriglohnssektors in Ostdeutschland erreichte im Jahr 2007 einen Höchststand von 38 Prozent. Seitdem hat sich das Bild substantiell aufgehellt: 2022 waren dort weniger als 24 Prozent der abhängig Beschäftigten dem Niedriglohnsektor zuzuordnen.¹³ In Westdeutschland begann die Trendumkehr erst 2017 und fiel zudem kleiner aus. Hier befanden sich am aktuellen Rand rund 17 Prozent der abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Insgesamt ist es somit vor allem dem starken Rückgang von Beschäftigten im Niedriglohnsektor in Ostdeutschland seit 2007 zu verdanken, dass sich die Lohnverteilungen der beiden Landesteile deutlich angeglichen haben.

Da generell mehr Frauen im Niedriglohnsektor arbeiten, profitierten diese besonders vom Rückgang dieses Lohnsegments. Dies zeigte sich auch in der geschlechtsspezifischen unbereinigten Lohnlücke (Gender Pay Gap). Diese lag Mitte der 2000er Jahre noch bei etwa 23 Prozent (in Ostdeutschland bei knapp zehn Prozent) und ist im Zuge des

¹³ Auch das Statistische Bundesamt berichtet für einen Zeitraum von zehn Jahren über einen Rückgang des Niedriglohnssektors in Ostdeutschland um 17 Prozentpunkte auf zuletzt 18 Prozent, vgl. Destatis (2025): 1,3 Millionen weniger Niedriglohnjobs von 2014 bis 2024. Pressemitteilung vom 6. Februar (online verfügbar, abgerufen am 6. Februar 2025).

Rückgangs des Niedriglohnssektors bis 2022 auf 16,6 Prozent (Ostdeutschland sieben Prozent) gesunken.¹⁴

Reale Haushaltnettoeinkommen seit 1995 im Schnitt um 35 Prozent gestiegen

Die bisherigen Analysen bezogen sich auf den individuellen Bruttostundenlohn. Neben Löhnen beziehen viele Personen aber auch weitere Einkommen, wie staatliche Transfers oder Kapitaleinkommen. Zudem leben Personen in Haushalten zusammen und teilen für gewöhnlich ihre ökonomischen Ressourcen. Daher werden im Folgenden die Haushaltsnettoeinkommen betrachtet, die für die ökonomische Situation der Menschen in Deutschland aussagekräftiger sind. Um Skaleneffekte des gemeinsamen Wirtschaftens zu berücksichtigen, wird eine Bedarfsgewichtung vorgenommen (Kasten).¹⁵

Die Entwicklung der realen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen weist seit Mitte der 1990er Jahre eine positive Entwicklung auf (Abbildung 5). Demnach wuchsen die Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1995 und 2014 nur langsam und summierten sich bis dahin auf einen Anstieg von zwölf Prozent. Dies entspricht einer jährlichen Veränderungsrate von lediglich rund 0,6 Prozent. Seitdem stiegen, parallel zu den Steigerungen der Reallöhne, auch die Haushaltsnettoeinkommen deutlich stärker an.¹⁶ Bis zum Jahr 2021 summierten sich die Zuwächse über den gesamten Zeitraum real auf im Schnitt 35 Prozent.¹⁷

Wie zuvor kann die Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen auch nach Dezilen dargestellt werden. Normiert man wieder auf das Ausgangsjahr 1995 (=100), so wird ersichtlich, dass insgesamt die Schere zwischen ärmeren und einkommensstarken Haushalten auseinander gegangen ist. Für das oberste einkommensstärkste Dezil summieren sich die realen Zuwächse bis zum Jahr 2021 auf 58 Prozent, während am unteren Ende das erste Dezil im gleichen Zeitraum stagnierte und damit das gleiche reale Einkommensniveau aufweist wie noch vor 25 Jahren (Abbildung 6).

Anzeichen eines Trendbruchs beim Armutsrisiko

Da der Mittelwert keine Aussagen über die Entwicklung an verschiedenen Punkten der Verteilung erlaubt, wird im Folgenden exemplarisch die sogenannte Armutsrisikoquote zur Beschreibung des unteren Rands der Einkommensverteilung

¹⁴ Das Statistische Bundesamt berichtet am aktuellen Rand über eine geschlechtsspezifische Lohnlücke von 16 Prozent. Werden Unterschiede in der Arbeitszeit oder auch im ausgeübten Beruf berücksichtigt, erhält man die sogenannte bereinigte Lohnlücke. Diese beläuft sich auf sechs Prozent, vgl. Statistisches Bundesamt (2025): Gender Pay Gap sinkt 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 18 Prozent auf 16 Prozent. Pressemitteilung vom 13. Februar 2025 (online verfügbar, abgerufen am 13. Februar 2025).

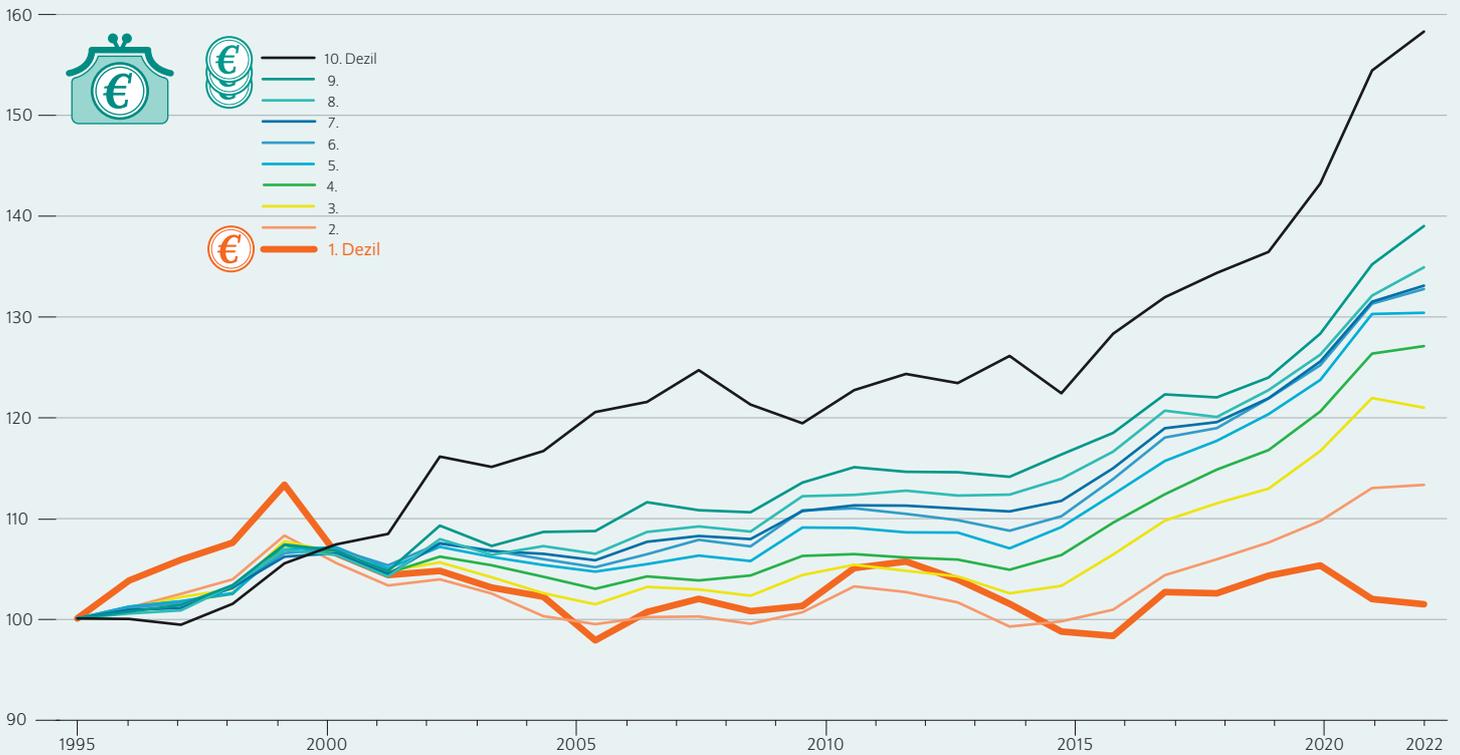
¹⁵ Vgl. den Glossar-Eintrag zum Äquivalenzeinkommen auf der Website des DIW Berlin.

¹⁶ So orientieren sich beispielsweise die Renten der Gesetzlichen Rentenversicherung an der Entwicklung der Durchschnittslöhne.

¹⁷ Die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen wird hier auf Grundlage der retrospektiv erhobenen Jahreseinkommen vorgenommen, die im Jahr 2022 erhoben wurden und sich auf das Vorjahr, also zuletzt auf das Jahr 2021 beziehen.

Abbildung 6

Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach Dezilen
 Indexiert, 1995 = 100



Anmerkungen: Reale Einkommen in Preisen von 2020. Personen in Privathaushalten. Bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben, bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala. Diese Abbildung ist auch als interaktive Grafik online verfügbar unter <https://www.diw.de/einkommensverteilung2025>.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Nur die zehn Prozent der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen haben inflationsbereinigt ihr Einkommen seit 1995 kaum steigern können.

herangezogen. Dies ist ein Indikator der vielfach in der Sozialberichterstattung verwendet wird, so zum Beispiel im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung oder auch im Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.¹⁸

Ein Armutsrisiko liegt dann vor, wenn das eigene Einkommen weniger als 60 Prozent des Medians des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens ausmacht. Auf Basis der SOEP-Daten lag die Schwelle hierfür im Jahr 2021 für einen Einpersonenhaushalt bedarfsgewichtet bei nominal 1388 Euro netto pro Monat.¹⁹ Zur Beschreibung des Armutsrisikos können drei alternative Datenquellen herangezogen werden. Neben dem SOEP sind dies der Mikrozensus und der deutsche Teil des Surveys European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC).

Die Niedrigeinkommensquote stieg auf Grundlage des SOEP seit Ende der 1990er Jahre stark, und zwar von rund elf Prozent auf mehr als 17 Prozent bis zum Jahr 2021 (Abbildung 7). Hierfür können verschiedene Ursachen angeführt werden. So ist zunächst die Zunahme von Einpersonenhaushalten zu nennen, in denen ökonomische Ressourcen nicht mit anderen Haushaltsmitgliedern geteilt werden können. Des Weiteren wirkt sich ein höherer Anteil von jungen Erwachsenen auf das Armutsrisiko aus, da diese sich länger in Ausbildung befinden und während dieser Zeit selten Kapazität für eine Erwerbstätigkeit übrigbleibt. Zudem führt insbesondere seit 2010 die zunehmende Migration zu einem höheren Armutsrisiko. Da Migrant*innen nach Ankunft in Deutschland mit Sprachproblemen oder der Anerkennung von Berufsabschlüssen zu kämpfen haben, liegen deren Erwerbsquoten unter denen der einheimischen Bevölkerung.²⁰

¹⁸ Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (online verfügbar) sowie Paritätischer Gesamtverband (2024): Armutsbericht 2024. Armut in der Inflation (online verfügbar).

¹⁹ Die Armutsrisikoquote ist ein rein eindimensionales Maß, da es sich ausschließlich an der Höhe des Einkommens bemisst und somit Aspekte wie das private Vermögen unberücksichtigt bleiben. Daher wird hier präziser auch von der Niedrigeinkommensquote gesprochen.

²⁰ So hat sich allein im Zeitraum 2010 bis 2023 die Zahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland von 6,7 auf 13,9 Millionen mehr als verdoppelt (eigene Berechnungen auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes). Vgl. auch Markus M. Grabka und Jan Goebel (2020): Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen. DIW Wochenbericht Nr. 18, 315–323 (online verfügbar).

Abbildung 7

Niedrigeinkommensquote¹
In Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. SOEP-Jahreseinkommen: bedarfsgewichtete Jahreseinkommen im Folgejahr erhoben. SOEP-Monatseinkommen: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommens des aktuellen Monats. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quellen: SOEPv39 und Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Angaben des Mikrozensus und EU-SILC: Statistisches Bundesamt (2024): Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

© DIW Berlin 2025

Der Anteil der Niedrigeinkommensbeziehenden ist im Jahr 2022 wieder gesunken.

Zieht man alternativ die Daten von EU-SILC heran, so findet sich zunächst bis 2020 ein ähnlicher Trend mit einem Anstieg der Niedrigeinkommensquote auf rund 17 Prozent. Seitdem geht hier die Quote aber wieder zurück auf zuletzt 14,4 Prozent. Auch die Ergebnisse auf Basis des Mikrozensus bestätigen die langfristige Zunahme des Armutsrisikos auf bis zu knapp 17 Prozent im Jahr 2021. Zuletzt deutete sich auch hier eine Trendumkehr mit einem Wert von 16,6 Prozent an. Schaut man sich im SOEP anstelle des jährlichen Haushaltsnettoeinkommens das aktuelle monatliche Haushaltsnettoeinkommen an (Kasten), das vergleichbar ist mit dem Konzept des Mikrozensus, bestätigt sich die mögliche Trendumkehr: Nach einem Höchstwert im Jahr 2020 mit 16,2 Prozent lag zuletzt ein Wert von 15,3 vor.

Deutlicher Rückgang des Armutsrisikos in Ostdeutschland

Die Analysen zum Niedriglohnsektor haben gezeigt, dass die Entwicklung in Ostdeutschland zuletzt positiver verlief als in Westdeutschland. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern sich dieser Befund auch in der Armutsrisikoquote widerspiegelt. Hierfür wird im Weiteren auf das monatliche Haushaltsnettoeinkommen aus dem SOEP zurückgegriffen.

In Ostdeutschland lag die Armutsrisikoquote durchweg höher als in Westdeutschland (Abbildung 8). Beide Regionen wiesen zudem einen ähnlichen Trend auf. Ende der 1990er Jahre stieg das Armutsrisiko in beiden Regionen deutlich. In Ostdeutschland wurde der Höhepunkt im Jahr 2018 mit einem Wert von 22,4 Prozent erreicht. Seitdem ist das Armutsrisiko auf nunmehr 18,7 Prozent gesunken.²¹ In Westdeutschland wurde 2020 mit 15,1 Prozent der bisherige Höchststand erreicht. Anschließend nahm auch diese Quote etwas ab und lag im Jahr 2022 bei 14,5 Prozent.

Betrachtet man das Armutsrisiko in verschiedenen Altersgruppen, so profitierten vor allem Kinder und Jugendliche (minus zwei Prozentpunkte) sowie deren potenzielle Eltern- generation der 25- bis 34-Jährigen mit minus 2,7 Prozentpunkten vom Rückgang (Abbildung 9). In allen anderen Altersgruppen stagnierte das Armutsrisiko seit 2018.

In Ostdeutschland fiel dieser Trend deutlich stärker aus. Bei Kindern und Jugendlichen nahm hier das Armutsrisiko seit 2018 um neun Prozentpunkte ab und unter den 25- bis 34-Jährigen sogar um 15 Prozentpunkte.²² In der Gruppe der 34- bis 64-Jährigen reduzierte sich die Quote um immerhin 2,7 Prozentpunkte. Anders verhielt es sich

Abbildung 8

Niedrigeinkommensquote¹ nach Region
In Prozent



¹ Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. SOEP-Monatseinkommen: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommens des aktuellen Monats. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Der Anteil der Niedrigeinkommensbeziehenden ist vor allem in Ostdeutschland seit 2018 gesunken.

²¹ Eine der Ursachen des rückläufigen Armutsrisikos in Ostdeutschland kann in der dortigen guten Arbeitsmarktlage gesehen werden, denn die aggregierten Bruttolöhne und -gehälter sind zwischen 2019 und 2023 in Ostdeutschland um 23 Prozent gestiegen, während sich im Westteil des Landes der Zuwachs nur auf 18 Prozent belief, vgl. Statistisches Bundesamt (2024): Bruttolöhne und -gehälter (Inlandskonzept) bis 2023 – vorläufige Ergebnisse nach Bundesländern (online verfügbar).

²² In der amtlichen Sozialberichterstattung auf Basis des Mikrozensus werden andere Altersgruppen ausgewiesen. Der Trend wird grundsätzlich bestätigt. Dieser fängt aber etwas früher an und fällt nicht ganz so stark wie auf Basis der SOEP-Daten aus. Vgl. die Daten auf der Website des gemeinsamen Statistikportals von Bund und Ländern (online verfügbar).

bei jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren und bei solchen im Rentenalter (ab 65 Jahren) in Ostdeutschland. Bei ersteren nahm das Armutsrisiko um knapp fünf Prozentpunkte und bei den Älteren um etwas mehr als einen Prozentpunkt zu.²³ Zudem ist bemerkenswert, dass die Armutsrisikoquote für Kinder und Jugendliche im Jahr 2022 erstmals in beiden Landesteilen nahezu gleichauf lag (rund 18 Prozent).

Alleinerziehende profitieren von politischen Maßnahmen

Die Bevölkerungsgruppe mit einer der höchsten Niedrigeinkommensquoten sind Alleinerziehende. Zunächst zeigte sich für Deutschland insgesamt in der langen Frist eine Zunahme des Armutsrisikos bei Alleinerziehenden (Abbildung 10, oben). Während Ende der 1990er Jahre rund ein Viertel aller Alleinerziehenden von Armut bedroht war, ist diese Quote bis auf 37 Prozent im Jahr 2018 stark gestiegen. Seitdem kehrt sich der Trend um; bis 2022 ist ein Rückgang auf etwa 31 Prozent festzustellen. In Ostdeutschland wurde der Höhepunkt des Armutsrisikos dieser Bevölkerungsgruppe bereits im Jahr 2010 mit knapp 47 Prozent erreicht. Seitdem ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, der nur durch eine kurze Phase rund um 2018 unterbrochen wurde. Aktuell liegt die Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden in Ostdeutschland nur noch bei 32 Prozent und damit knapp 15 Prozentpunkte niedriger als 2010.²⁴ Zugleich wurde damit wieder das Niveau wie zur Mitte der 1990er Jahre erreicht.

In Westdeutschland wurde der bisherige Höchststand der Niedrigeinkommensquote bei Alleinerziehenden im Jahr 2018 mit etwa 35 Prozent erreicht. Danach setzte auch hier ein Rückgang ein, der mit 4,6 Prozentpunkten schwächer als in Ostdeutschland ausfiel.

Für den zuletzt beobachteten Rückgang des Armutsrisikos unter Alleinerziehenden können verschiedene Gründe angeführt werden. Zunächst ist ein verändertes Arbeitsmarktverhalten zu nennen. Denn in Ostdeutschland ging Mitte der 2000er Jahre weniger als die Hälfte der Alleinerziehenden einer Erwerbstätigkeit nach (Abbildung 10, unten). Dies hat sich seitdem grundlegend geändert: Aktuell üben mehr als 61 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Auch in Westdeutschland hat die Erwerbsquote der Alleinerziehenden seit Mitte der 2000er Jahre um rund zehn Prozentpunkte von 53 auf 63 Prozent zugelegt. Mit dazu beigetragen haben dürfte hier der Ausbau der Kinderbetreuung. So hat sich allein die Zahl der Kinder unter drei Jahren in der Kindertagesbetreuung zwischen 2006 und 2021 mehr als verdreifacht.²⁵

²³ Der Trend eines zunehmenden Armutsrisikos unter Menschen im Rentenalter zeigt sich auch im Mikrozensus.

²⁴ Zieht man alternativ die Ergebnisse des Mikrozensus heran, so zeigt sich für den Zeitraum 2013 bis 2023 ein Rückgang der Armutsrisikoquote um 9,7 Prozentpunkte.

²⁵ Die Zahl stieg von 286 017 auf 809 908, vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022): Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf (online verfügbar).

Abbildung 9

Niedrigeinkommensquote¹ nach Altersgruppen In Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. SOEP-Monateinkommen: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommens des aktuellen Monats. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Vor allem Kinder und Jugendliche sowie die Generation ihrer Eltern leben seltener in armutsgefährdeten Haushalten.

Flankiert wurde diese Entwicklung von verschiedenen politischen Reformen, die zum Ziel hatten, Armut bei Alleinerziehenden zu bekämpfen. Hierzu zählt unter anderem der Kinderzuschlag, der sich seit seiner Einführung im Jahr 2005 von maximal 140 Euro pro Monat auf 292 Euro im Jahr 2024 mehr als verdoppelt hat. Parallel dazu hat auch die Zahl der Kinder, die vom Kinderzuschlag profitieren, deutlich zugenommen: allein im Zeitraum 2017 bis Ende 2024 von 258 000 Kinder auf 1,3 Millionen, darunter allein 230 000 Kinder aus Alleinerziehendenhaushalten.²⁶ Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr von 1908 Euro auf 4008 Euro mehr als verdoppelt. Daneben führte die Gesetzesänderung zur Regelung des Unterhaltsvorschlusses im Jahr 2017 dazu, dass sich die Zahl der leistungsbeziehenden Kinder von 414 000 vor der Reform auf 830 186 im Jahr 2023 erhöhte.²⁷ Ferner ist die schrittweise Erhöhung des Mindestlohns auch Alleinerziehenden zugutegekommen.

²⁶ Vgl. Karin Christmann (2025): Armut in Deutschland. Immer mehr Familien nehmen Kinderzuschlag in Anspruch. Tagesspiegel vom 3. Januar 2025 (online verfügbar).

²⁷ Vgl. die Daten des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend von 2024 (online verfügbar) sowie Anne Lenze (2021): Alleinerziehende weiter unter Druck. Bedarfe, rechtliche Regelungen und Reformansätze. Bertelsmann Stiftung.

Abbildung 10

Niedrigeinkommensquote¹ bei Alleinerziehenden und Erwerbsquote von Alleinerziehenden nach Region In Prozent



1 Personen mit weniger als 60 Prozent des Medians der verfügbaren Einkommen.

Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. SOEP-Monateinkommen: bedarfsgewichtete Haushaltseinkommen des aktuellen Monats. Bedarfsgewichtet mit der modifizierten OECD-Äquivalenzskala.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Insbesondere in den ostdeutschen Ländern ist der Anteil Alleinerziehender mit Niedrigeinkommen stark gesunken.

Materielle Deprivation nimmt ab

Ein alternatives Konzept zur Messung von Armut in einer Gesellschaft ist das der materiellen Deprivation. Materielle Deprivation liegt dann vor, wenn aus finanziellen Gründen auf ausgewählte Güter oder Dienstleistungen verzichtet wird. Im Falle des SOEP werden hierzu sieben Indikatoren seit 2005 erfasst. Dabei wird gefragt, ob es einen Internetanschluss oder ein Auto im Haushalt gibt, ob finanzielle Rücklagen für Notlagen vorhanden sind, ob mindestens eine einwöchige Urlaubsreise im Jahr gemacht wird, ob mindestens einmal im Monat Freunde zum Essen eingeladen werden, ob mindestens alle zwei Tage eine warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder Geflügel gegessen wird oder ob abgenutzte Möbel durch neue ersetzt werden. Wenn Befragte angeben, auf drei oder mehr dieser Indikatoren aus finanziellen Gründen zu verzichten, liegt materielle Deprivation vor.²⁸

Im Jahr 2005 galten demnach etwa 19 Prozent der Bevölkerung als materiell depriviert (Abbildung 11). Parallel zu der oben beschriebenen positiven Entwicklung der realen Haushaltsnettoeinkommen und des Armutsrisikos findet sich hier ein in der langen Frist ähnlicher Trend. So hat der Anteil der Menschen, die materiell depriviert sind, bis zum Jahr 2021 deutlich abgenommen auf nur noch etwa sieben Prozent. Betrachtet man nur Alleinerziehende, so liegt ein paralleler Trend auf höherem Niveau vor. Während 2005 noch nahezu jeder zweite Haushalt von Alleinerziehenden (47 Prozent) materiell depriviert war, trifft dies am aktuellen Rand nur noch auf etwa 18 Prozent zu, ein Rückgang um 29 Prozentpunkte.

Fazit: Zahl früher Schulabgänge reduzieren

Sowohl die Bruttolöhne als auch die Haushaltsnettoeinkommen sind in der langen Frist real deutlich gestiegen. Dieses Wachstum wurde durch die hohe Inflation im Jahr 2022 zunächst gestoppt. Bei den zehn Prozent der Menschen mit den niedrigsten Löhnen und Haushaltsnettoeinkommen zeigten sich positive Entwicklungen. Denn nicht nur der Niedriglohnsektor hat vor allem in Ostdeutschland an Bedeutung verloren, sondern es gibt auch Anzeichen für einen Trendbruch beim Armutsrisiko. Auch hier ist die Entwicklung in Ostdeutschland positiver als in Westdeutschland. Betrachtet man Haushaltstypen, so geht vor allem das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden zurück. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass die verschiedenen Reformen, die Alleinerziehende im Fokus hatten, Wirkung entfalteten. Ungeachtet dessen ist das Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung weiterhin deutlich höher als noch Ende der 1990er Jahre.

Eine Zielgruppe politischen Handelns sollten Kinder und Jugendliche sein, da sich der Anteil der frühen

²⁸ Das Statistische Bundesamt hat die zugrundeliegenden Indikatoren zur Messung materieller Deprivation wiederholt geändert, so dass intertemporale Vergleiche kaum möglich sind. Vgl. auch die Indikatoren beim Statistischen Bundesamt von 2023 (online verfügbar). Daher wird im SOEP ein davon abweichendes Set an Indikatoren verwendet, die aber über die Zeit hinweg vergleichbar sind.

Schulabgänger*innen²⁹ zwischen 2014 und 2023 von 9,5 Prozent auf 13,1 Prozent deutlich erhöht hat. Ohne qualifizierten Bildungsabschluss besteht das Risiko für langfristige Armutskarrieren. Dabei werden die jungen Menschen dringend für den Arbeitsmarkt benötigt. Gezielte Bildungsausgaben könnten beispielsweise durch höhere vermögensbezogene Steuern finanziert werden. In Deutschland liegt ohnehin keine vertikale Steuergerechtigkeit vor, da Personen mit vergleichbarer finanzieller Leistungsfähigkeit je nach Einkommensart verschieden steuerlich belastet werden. So werden Löhne mit bis zu 45 Prozent besteuert, während Einkommen aus Kapitalanlagen unabhängig von der Höhe nur maximal mit 25 Prozent (zuzüglich Solidaritätszuschlag) zu versteuern sind.³⁰ Dies ließe sich durch höhere Steuern auf Kapitaleinkommen ändern. Außerdem sollte größeres Augenmerk auf das wachsende Problem von Altersarmut gelegt werden, da diese soziale Lage typischerweise dauerhaft ist.

29 Der Indikator gibt den Anteil der Personen in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen Bevölkerung an, die sich nicht oder nicht mehr in Ausbildung oder Weiterbildung befinden und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2024): Frühe Schulabgänger/-innen (online verfügbar).

30 Vgl. Stefan Bach und Hermann Buslei (2017): Abschaffung der Abgeltungsteuer und Rückkehr zur persönlichen Besteuerung führt zu Steuerausfällen und belastet hohe Einkommen kaum. DIW Wochenbericht Nr. 45, 1016–1025 (online verfügbar).

Markus M. Grabka ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | mgrabka@diw.de

JEL: D31, I31, I32, J31

Keywords: Wages, working poor, Household income, poverty, single parents, SOEP

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 7+8/2025:



Abbildung 11

Anteil der Personen insgesamt und Alleinerziehende, die von materieller Deprivation betroffen sind In Prozent

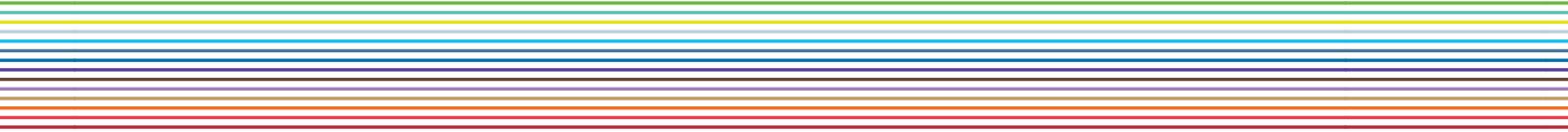


Anmerkungen: Personen in Privathaushalten. Materielle Deprivation liegt vor, wenn drei von sieben Indikatoren aus finanziellen Gründen nicht vorliegen. Angaben in den Jahren 2011 und 2013 sind unterschätzt, da neue Teilstichproben Fragen zur Deprivation nicht enthielten.

Quelle: SOEPv39, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2025

Der Anteil der materiell Deprivierten ist bei Alleinerziehenden stark rückläufig.



DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 19. Februar 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).